



WIR

wirtschaftlich, innovativ, regional

Die Mittelstands-Initiative Ostfriesland

Gute, einfache Lösungen für zentrale, existenzbedrohende Herausforderungen

Überbürokratisierung, Lobbyismus, Energiepreise

Hage, Ostfriesland, 27. Februar 2024 - Wir, der Mittelstand, sind nicht GEGEN die Regierung, sondern FÜR eine vernünftige, verantwortungsbewusste, realitätsnahe, wissenschaftsbasierte (Wissenschaft mit Augenmaß) und technologieoffene Regierungspolitik. Eine Politik, die die arbeitende Bevölkerung in ihre Entscheidungsprozesse mit einbezieht und das Leben wieder langfristig planbar macht. Wie sich die derzeitige Politik in einigen Punkten im Mittelstand leicht korrigieren könnte, möchten wir hiermit darstellen.

Ob Handwerk, Landwirtschaft oder Gastronomie, in sämtlichen Bereichen leiden Unternehmen unter der überbordenden Bürokratisierung. Vor allem die kleinen und mittleren Betriebe, die keine entsprechende Fachabteilung vorweisen können, kämpfen mit der Dokumentationspflicht. Durch zum Teil absurde Antrags- und Genehmigungsverfahren wird der laufende Betrieb bis hin zur Existenzgefährdung gelähmt. Ein Zustand der sich noch heute ändern muss, wenn Deutschlands Wirtschaft nicht gänzlich gegen die Wand fahren soll. „Wachstum entsteht, indem man Wirtschaft befreit und entfesselt, damit sie entsprechende Leistungen bringen kann“. (Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, Gitta Connemann, MdB, im Cicero-Politik Podcast vom 23.2.2024)

Überbürokratisierung

Ein zentrales Problem der Baubranche:

Die Bauvorschriften sind ideologisch völlig überhöht. Das angezielte „Passivhaus“ als Standardhaus ist quasi nicht bezahlbar. Außerdem sind die Unterschiede der Definition der Gebäudeeffizienzklassen zwischen den Staaten in der europäischen Union groß. Ein Haus, das in den Niederlanden noch die Effizienzkategorie A erreicht, kann in Deutschland in die Kategorie D fallen (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, August 2023). Klimaschutz ist nutzlos, wenn er an der Grenze endet. Deutschland kann das Weltklima nicht alleine retten und geht bei dem naiven Versuch es dennoch zu tun, finanziell zu Grunde.

Mögliche Lösungsstrategien:

Rückbesinnung zum KfW 55. Ein von der Kreditanstalt für Wiederaufbau entwickelter Standard für energieeffiziente Häuser. Das KfW-Effizienzhaus 55 benötigt nur 55 Prozent der Energie eines konventionellen Neubaus und ist daher besonders umweltfreundlich. Und: Es ist trotz der momentanen Lage in einem optimalen Preis-Leistungsverhältnis realisierbar. Von dieser Rückbesinnung würde auch der soziale Wohnungsbau profitieren. Dafür müsste lediglich die Förderung, die am 24. Januar 2022 eingestellt wurde, wieder aktiviert werden. Die Energie-Mehrkosten des KfW 55 im Verhältnis zum KfW 40 belaufen sich übrigens gerademal auf einmal Pizza essen im Monat mit der Familie.

Ein weiteres Problem dieser Branche:

„Bauen ist faktisch unmöglich. Wer heute baut, geht bankrott“, sagt der Präsident des Zentralen Immobilien-Ausschusses, Andreas Mattner. Es fehlen 600.000 Wohnungen, von den geplanten 400.000 werden bis 2026, laut einer Prognose des Forschungsnetzwerks Euroconstruct (Ifo-Institut), gerademal 175.000 Wohnungen. Vor allem wegen der stark gestiegenen Bau- und Finanzierungskosten ist der Wohnungsbau kaum noch möglich.

Mögliche Lösungsstrategie:

Deutschland hat – auch im Bausektor – kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Im Jahr 2022 sind in Summe 42.000.000.000 Euro (35%) der Einnahmen aus dem Wohnungsbau zurück in die Staatskasse geflossen. Im Jahr 2024 geht man immer

noch von 23.800.000.000 Euro aus. Ziel muss sein, dass jährlich 300.000 neue Wohnungen geschaffen werden. Die Kapazitäten wären da, wenn die Regierung die Rahmenbedingungen hierfür schaffen würde. Wenn nur 8-10 % der jetzigen Einnahmen für Förderung von Wohnungsbau verwendet werden würden und gleichzeitig die Mehrwertsteuer von 19% auf 7% herabgesetzt wird, könnte man in diesem Land auch wieder bauen. Ganz nebenbei könnte diese existentiell notwendige Kurskorrektur übrigens auch die Schwarzarbeit eindämmen. Bei mehr Wohnungsbau würden die Mieten auch nicht mehr so stark steigen und der Staat müsste nicht mehr so viele Mieten subventionieren müssen.

Lobbyismus

Problem: Lobbyismus in der Baubranche

Der Baustoffmarkt wird immer mehr von Lobbyisten dirigiert. Es werden Richtlinien und Normen aufgesetzt, die gezielt die Nachfrage bestimmter Produkte dieser Lobbyisten fördern. „Dämmstoff-Mafia“ ist mittlerweile ein geflügeltes Wort in der Branche. Als Erklärung für die hohen Kosten werden Energiekrise und Rohstoffmangel genannt. Die Preise für Baustoffe sind aber völlig unproportional gestiegen – unabhängig von Energiekosten und angeblichem Rohstoffmangel. Auch ist die Herstellung der Dämmstoffe so CO₂-intensiv, dass sich der CO₂-Verbrauch kaum noch amortisieren wird. Übrigens sollen die Preise für Dämmstoffe, laut Dachdeckereinkauf SÜD, nochmal um 8-12 Prozent steigen.

Mögliche Lösungsstrategie:

Mit Sachverstand statt mit Lobbyismus an die Normierung von Bauvorhaben rangehen, unabhängig von der Industrie. Der Einfluss der Industrie muss stark gedämpft oder eingeschränkt werden.

Energiekrise

Problem: Die Energiepreise müssen und könnten gesenkt werden

Im europäischen Vergleich hat Deutschland einen der höchsten Steueranteile auf dem Strompreis. Abgesehen vom Gaspreis ist das eine Last, die kaum noch ein Bürger schultern kann. Dabei wurden diverse Energiequellen abgeschaltet, ignoriert oder diskriminiert. Aber die Entwicklungschancen von Industrie und Wirtschaft stehen und fallen mit der Verfügbarkeit von bezahlbarer Energie.

Mögliche Lösungsansätze:

Die Regierung muss dafür sorgen, dass soviel Energie wie möglich verfügbar ist. Diverse Reaktoren sind bereits abgestellt, aber es gibt funktionierende Pläne für alternative Reaktorkonzepte, also Energiegewinnung aus Atommüll, empfohlen z.B. von Dr. phil. nat. Cornelia von Charzewski, vom TÜV SÜD (im Ruhestand), die einfach ignoriert werden. www.grs.de; www.base.bund.de; www.rskonline.de

Auch sollte die Diskriminierung von Bioenergie aufgehoben und Geothermie im Katalog der möglichen Energiegewinnungsmöglichkeiten stärker in den Vordergrund rücken. Dann sollte alles drangesetzt werden, Sparanreize zu realisieren und die Stromsteuer zu senken und gangbare Rahmenbedingungen anstelle von noch mehr Richtlinien geschaffen werden.

Steuergesetz

Problem: Ungerechtigkeit im Steuergesetz der Gastronomie

Die Gastronomie ist im Ganzen geschwächt durch die Coronakrise, unzählige Restaurants haben die Pandemie nicht überstanden. Die Pandemie-Überlebenden sind nun mit einer chronischen Krankheit konfrontiert, die sie langsam aber sicher ausbluten lässt: 19% Mehrwertsteuer, statt 7%. Lieferdienste mit viel weniger Kosten dürfen weiter mit 7% Mehrwertsteuer arbeiten. Restaurants, die „am Gast“ arbeiten und somit viel mehr Kosten als Lieferdienste zu bewerkstelligen haben, müssen mit 19% Mehrwertsteuer kalkulieren. Dabei ist ein Restaurant verpflichtet eine Behindertentoilette vorzuweisen, hat viel mehr Personal, das bezahlt werden muss, große Räume, die beheizt und in Stand gehalten werden müssen, Lagerräume, Kühlhäuser und vieles mehr. Die Mehrwertsteuer steht hier im Vergleich mit Lieferdiensten umgekehrt proportional zu den Kosten.

Mögliche Lösungsansätze:

Der Mehrwertsteuersatz muss auch für Restaurants von 19% auf 7% reduziert werden.

Zusammenfassung der Lösungskonzepte

1. Wiederaufnahme der Förderung des KfW-Effizienzhaus 55.
2. 8-10% aus den Einnahmen im Wohnungsbau in die Förderung von Wohnungsbau stecken.
3. Den Einfluss der Baustoffindustrie auf Baurichtlinien einschränken.
4. Alternative Reaktorkonzepte einsetzen. Geothermie und Bioenergie stärker in die Energiegewinnungskonzepte mit einbeziehen.
5. Die Mehrwertsteuer auch für Restaurants von 19% auf 7% senken.

Kontakt:

Soenke Burmann, Wohn-Welten-Burmann, Pollerstr. 76, 26639 Wiesmoor
Telefon: 04944 / 1215, E-Mail: info@wohn-welten-wiesmoor.de

Christoph Wenk. Inhaber/Geschäftsführer cwTec, Stettiner Straße 1-13, 26524 Hage
Telefon: 0172/4548526. E-Mail: wenk@cwtec.de